

# Nein zu Rüstungswahn und Sozialabbau!

Während immer unverhohlener über die Notwendigkeit einer massiven Aufrüstung und der Möglichkeit eines erneuten Waffengangs gegen den „Feind im Osten“ schwadroniert wird, geraten Fragen der sozialen Gerechtigkeit immer mehr unter die Räder.

Der aktuelle Streit um eine zusätzliche Waffenhilfe für die Ukraine im Umfang von 3 Mrd. € gibt einen ersten kleinen Vorgeschmack auf die kommenden Auseinandersetzungen. Denn ein großer Teil der Politik – die CDU, Die Grünen, FDP und Teile der SPD – drängt mit Macht auf eine massive Aufstockung der Rüstungsausgaben.

**Angesichts knapper öffentlicher Mittel ist es jedoch unverantwortlich, noch mehr als die bislang von der Nato vorgegebenen 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Verteidigung stecken zu wollen.**

Schon gar nicht drei, dreieinhalb oder gar 5 Prozent des BIP, die es angeblich für eine effektive Verteidigung bräuchte (von Pistorius, Habeck bzw. Präsident Trump gefordert). Das sieht auf den ersten Blick banal aus, aber es handelt sich dabei um unglaubliche Summen, für die in einem regulären Bundeshaushalt, ohne massive Kürzungen oder Steuererhöhungen und ohne weitere Aufweichung der Schuldenbremse, definitiv kein Platz ist.

**Wir haben nachgerechnet: Das deutsche Inlandsprodukt beträgt aktuell 4,3 Billionen Euro (2024). Bei 3 Prozent des BIP reden wir somit von knapp 130 Milliarden Euro, was 26 % des für 2025 geplanten Bundeshaushalts ausmachen würde, und bei 5 Prozent sogar von 215 Mrd. Euro (44 % des Haushalts!). Pro Jahr. Ein Wahnsinn!**

Dabei waren in dem Haushaltsentwurf für 2025 noch nicht einmal die zugesagten 2 Prozent abgebildet! Vielmehr sollten rund 40 % der Verteidigungsausgaben wie im Vorjahr noch aus dem „Sondervermögen“ bestritten werden. Dieses Sondervermögen wird jedoch spätestens 2027 erschöpft sein; ein weiteres wird es nach Stand der Dinge nicht geben.

**Woher also soll das Geld für die 3 oder gar 5 Prozent kommen, wer bezahlt am Ende die Rechnung? Dazu schweigen sie sich überwiegend aus. Im Gegenteil wird ja von einigen der oben genannten Parteien auf die unbedingte Einhaltung der Schuldenbremse gepocht. Nur Bundeskanzler Scholz hat bekundet, dass er da nicht mitmachen werde.**



**Wir brauchen aber keine Politiker, die ständig danach schreien, es müsse mehr Geld für die Bundeswehr und den Krieg in der Ukraine her – ohne uns klipp und klar zu sagen, woher das Geld kommen soll!**

## **Was wollt Ihr einsparen, wenn Ihr für eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben plädiert?**

Was uns mißtrauisch macht, ist, dass in den Medien immer häufiger abfällige Bemerkungen über den Bezug von Sozialleistungen fallen. Damit wird gegenüber den Wählern der Eindruck erzeugt, die Lösung der Haushaltsprobleme habe was mit diesen Sozialleistungen zu tun. Wären die nicht so hoch, und gäbe es keinen tausendfachen Leistungsmißbrauch, könnten wir uns die Aufrüstung und die Ukraine-Hilfen locker leisten.

**Politiker verschiedenster Couleur** – von AfD, über CDU, FDP bis hin zum BSW – **basteln derzeit an Legenden**, um Mittelsenkungen für Renten und Sozialleistungen zu rechtfertigen oder atmosphärisch vorzubereiten. Das deutsche Sozialsystem sei zu attraktiv und ziehe deshalb viel zu viele Migranten an, heißt es. Und unter den Bürgergeldempfängern gebe es etliche, die es sich im Leistungsbezug gemütlich eingerichtet haben und sich allen Vermittlungsbemühungen der Behörden zu entziehen wissen. Das müsse sofort aufhören!

An diese Überlegungen ist die Erwartung geknüpft, das bestätigen entsprechende Äußerungen etwa von Christian Lindner oder Friedrich Merz, dass sich damit auch im beträchtlichen Umfang Haushaltsmittel einsparen lassen, die dann für andere Zwecke frei würden. Und zwar gar nicht so sehr durch die konkreten Fälle von Sanktionierung bzw. Abschiebung, sondern hauptsächlich durch den **allgemeinen Abschreckungseffekt**, der von solchen Maßnahmen ausgehen soll. Schon immer weckte der Sozialetat allein aufgrund seiner Größe Begehrlichkeiten bei den Militärs...

## Was ist dran an diesen Geschichten?

### ***Bekommen Bürgergeldbezieher bei uns wirklich zu viel Geld?***

Lachhaft. Das kann auch nur ein Lindner behaupten (aber der käme auch nie auf die Idee, von 563 € im Monat leben zu wollen). Das Geld reicht bei vielen nicht für den ganzen Monat und schon gar nicht, wenn besondere Ausgaben anstehen. Zuletzt gab's sogar eine Nullrunde!

Und anders, als von Merz, Linnemann und Lindner behauptet, haben Leistungsberechtigte, die ausschließlich vom Bürgergeld leben, in jedem Fall weniger Geld zur Verfügung als Beschäftigte, die auch alle verfügbaren Sozialleistungen wie Wohngeld oder Kindergeld nutzen. Zudem erwerben pflichtversicherte Beschäftigte Ansprüche auf Rente, was es beim Bürgergeld nicht gibt.

### ***Nächste Behauptung: Bürgergeldempfänger schlagen häufig Jobangebote aus***

Noch so eine populistische Erfindung von CDU und FDP, um Bürgergeld-Empfänger in Misskredit zu bringen. Die Bundesagentur für Arbeit hat klargestellt, dass ihre Zahlen das überhaupt nicht hergeben: Ganze 15.777 Personen wurden demnach im Jahr 2023 mit einer Sanktion bestraft, weil sie ein Jobangebot oder eine angebotene Maßnahme abgelehnt bzw. abgebrochen haben – das waren gerade mal 0,4 Prozent der 3,9 Mio. erwerbsfähigen Empfänger!

### ***Behauptung No. 3: Es kündigen viele ihren Job, um es sich in der „sozialen Hängematte“ gemütlich zu machen***

Unsinn! Es gibt keine Kündigungswelle ins Bürgergeld hinein! Im Gegenteil: Den Zahlen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge gehen seit der Einführung des Bürgergeldes deutlich weniger Menschen aus ihren Jobs in den Sozialleistungsbezug als zuvor in Zeiten von Hartz IV.

### ***Behauptung No. 4: Viele Migranten werden durch unser generöses Sozialsystem angelockt***

Zunächst: Die Leistungen nach dem AsylbLG sind alles andere als üppig; sie bleiben deutlich noch unter dem Niveau des Bürgergelds. Und immer häufiger werden die Empfänger obendrein in der Verwendung des Geldes durch sog. Bezahlkarten eingeschränkt – als Probelauf vermutlich für künftige Einschränkungen auch bei anderen Sozialleistungen.

Und selbst wenn die deutschen Leistungen vielleicht attraktiver sind als die anderer europäischer Länder, so weiß man doch aus der Migrationsforschung, dass die Sozialleistungen des Gastlandes als Pull-Faktor kaum eine Rolle spielen. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags weist darauf hin, dass die Gründe für Flucht und Migration wesentlich komplexer sind.

**Solche und ähnliche Behauptungen setzen die Spitzen von AfD, FDP und CDU seit Monaten in die Welt und lassen sich selbst von offiziellen Richtigstellungen nicht irritieren.** Auch andere Parteien setzten zuletzt vermehrt auf Law-and-Order-Themen. Wieso aber selbst SPD und die Grünen bei der Polemik mitmachen, bleibt uns ein Rätsel. Offenbar haben sie spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ihren Kompass verloren.

Diese Stimmungsmache auf Kosten von Menschen, die am wenigsten haben, ist unerträglich! Ein Einfrieren oder sogar Kürzen von Sozialausgaben kommt nicht infrage. Wenn schon Einfrieren oder Kürzen, dann lasst uns bei den Gehältern derer anfangen, die die Kriege beschließen und an den Kriegen verdienen!

Denn eigentlich ist genug Geld da! Die mehr als 200 Milliardenvermögen im Land belaufen sich zusammen gerechnet auf mindestens 1,4 Billionen Euro, möglicherweise sogar noch deutlich mehr. Das entspricht einem Drittel bis der Hälfte des jährlichen deutschen Inlandsprodukts (BIP) und verteilt sich auf lediglich rund 4.300 sehr reiche Haushalte. Doch seit 1996 ist die Besteuerung von Vermögen ausgesetzt, was dem Staat bis heute einen Einnahmeausfall von rund 400 Milliarden Euro beschert hat. Die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung taucht zwar immer mal wieder in Wahlprogrammen auf, ist bislang aber regelmäßig am Widerstand maßgeblicher Kreise gescheitert.

***Nein zur Aufrüstung, zur Wehrpflicht und zu zusätzlichen Ausgaben fürs Militär!***

***Keine Kürzungen des Sozialtats zugunsten der Militarisierung Deutschlands!***

***Für eine bedarfsdeckende Grundsicherung!***

***Neuberechnung des Kindesbedarfs nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts!***

***Superreiche zur Kasse, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer anheben!***

Mehr zum Sozialforum Dortmund unter <https://agora.free.de/sofodo>

V.i.S.d.P. Heiko Holtgrave, Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund

